

Antragsteller: Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Ergänzung Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz mit dem Begriff „Lebensalter“

Der 38. CDU-Parteitag möge beschließen:

1 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Initiative zu starten, um das
2 Merkmal „Lebensalter“ als Diskriminierung in den Artikel 3 Absatz 3 GG aufzunehmen und
3 eine Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen.

Begründung:

5 Der Schutz vor Diskriminierung ist ein zentrales Anliegen des Grundgesetzes. In Artikel 3
6 Absatz 3 GG sind bereits mehrere Diskriminierungsmerkmale ausdrücklich aufgeführt. Der
7 Begriff „Lebensalter“ fehlt jedoch bislang, obwohl Diskriminierung aufgrund des Alters
8 sowohl in der Arbeitswelt als auch in vielen anderen Lebensbereichen ein reales
9 gesellschaftliches Problem darstellt.

10 Die Aufnahme des Lebensalters als ausdrückliches Diskriminierungsverbot dient folgenden
11 Zielen:

- 12 1. Stärkung des Diskriminierungsschutzes: Menschen unterschiedlichen Alters
13 – insbesondere junge sowie ältere Personen – erfahren in verschiedenen
14 gesellschaftlichen Bereichen Benachteiligung. Eine ausdrückliche Erwähnung
15 schafft Klarheit und stärkt den Schutz vor Altersdiskriminierung.
- 16 2. Rechtsvereinheitlichung mit dem EU-Recht: Bereits auf europäischer Ebene
17 ist der Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Alters in der Richtlinie
18 2000/78/EG verankert. Die Ergänzung des GG würde die
19 verfassungsrechtliche Umsetzung dieser Vorgaben sicherstellen.
- 20 3. Gesellschaftliche Signalwirkung: Die ausdrückliche Aufnahme des Begriffs
21 „Lebensalter“ setzt ein deutliches Zeichen gegen jede Form der
22 Altersdiskriminierung und betont die Gleichwertigkeit aller Altersgruppen in
23 unserer Gesellschaft.
- 24 4. Wahrung der Menschenwürde: Altersdiskriminierung widerspricht dem
25 Grundsatz der Menschenwürde (Art. 1 GG). Ein verfassungsrechtlicher
26 Diskriminierungsschutz, der auch das Lebensalter einbezieht, trägt zur
27 konsequenten Wahrung dieses Grundprinzips bei.

28 Aus diesen Gründen ist die Aufnahme des Begriffs „Lebensalter“ in Artikel 3 Absatz 3 GG
29 geboten und verfassungsrechtlich sowie gesellschaftspolitisch wünschenswert.